

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einschl. Postbestellgebühren. Nur Postbezug, Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 18. August 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Tobeanzeigen 60 Pf., die übrigen 50 Pf.; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklamanzzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 95

Zur Situation

Über den Ausgang der Verhandlungen vor dem Tarifamt am 13. August über die Forderungen der Gehilfenschaft im besetzten Gebiete des dritten Tarifkreises (Mainz, Worms, Wiesbaden usw.) ging uns vom Tarifamt folgender Bericht zu:

Der Streik in Mainz, Wiesbaden und Worms ist beigelegt.

Dem Tarifausschusse lag in seiner letzten Sitzung (am 28. Juni) ein Antrag der Gehilfen des besetzten Gebietes des III. Tarifkreises vor, der dahin ging, daß für das besetzte Gebiet eine Sonderzulage gewährt werden möge. Der Tarifausschuss verwies diese Angelegenheit an das dafür zuständige Kreisamt. Auf den von dem Antragsteller erhobenen Einwand, was zu geschehen habe, wenn das Kreisamt, wie bereits zweimal, den Antrag ablehne, stellte der Tarifausschuss fest, daß dann, wie der Tarif es vorschreibe, das Tarifamt als Berufungsinstanz anzurufen sei. Auf Gehilfenantrag vom 5. Juli hat das Kreisamt am 5. August verhandelt, jedoch ergebnislos; eine Verständigung über die voneinander ganz wesentlich abweichenden Anträge und Zugeständnisse beider Parteien konnte in dieser Verhandlung nicht erzielt werden. Berufung gegen die abweisende Entscheidung wurde beim Tarifamt nicht angemeldet. Die Gehilfen traten am 8. bzw. 9. August in den Streik. Am 11. August verhandelte die Parteien mit dem Reglerungspräsidenten. Eine Verständigung wurde auch hier nicht erzielt, aber die Anrufung des Tarifamts zu Verhandlungen mit den Parteien wurde beschlossen. Die Prinzipalität beantragte Feststellung des Tarifbruchs seitens der Gehilfen, im übrigen eine Entscheidung zwecks Wiederaufnahme der Arbeit. Das Tarifamt verhandelte am 13. August mit den Parteien. Die besondere Feststellung des Tarifbruchs erübrigte sich, da gehilfenseitig der Tarifbruch unumwunden zugegeben wurde; er wurde damit einschuldig, daß die Gehilfenschaft weitere Verhandlungen für zwecklos hielt, nachdem ihr Antrag vom Kreisamt dreimal abgelehnt worden sei. Die Parteivertreter erklärten sich zu einer verbindlichen Verständigung, falls diese gelingen sollte, auch ohne Schiedspruch bereit; im anderen Falle sollte das Tarifamt am 15. August endgültig entscheiden. Nach mehrstündiger Verhandlung kam es zwischen den Parteien zu folgender Einigung:

Einigung:

Die bevollmächtigten Vertreter vereinbarten für die Tarifparteien des besetzten Gebietes des III. Tarifkreises mit verbindlicher Kraft das Nachstehende:

1. für das besetzte Gebiet wird eine Sonderzulage bewilligt, und zwar für die Monate August und September 1921. Diese Monatszulage beträgt für alle verbeitragsmäßigen Gehilfen und für die Ledigen über 24 Jahre in Orten bis zu $7\frac{1}{2}$ Proz. Lokalzuschlag 75 Mk. " " von 10—15 " " 90 " " " " 17 $\frac{1}{2}$ —25 " " 120 " Ledige Gehilfen unter 24 Jahren erhalten zwei Drittel dieser Summe, nämlich 50, 60, 80 Mk. Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen erhalten von diesen Summen den ihnen nach dem Reichstarif zustehenden prozentualen Anteil.
2. Der Lohn wird für die Streiktage nicht bezahlt.
3. Die Arbeit wird in allen Betrieben sofort wieder aufgenommen. Das alte Arbeitsverhältnis wird damit wieder hergestellt.

Die Südnier-Kollegenschaft nahm in einer fast vollständig beluchten Versammlung am 11. August die vor dem Tarifamt getroffene Vereinbarung (vgl. Nr. 94) mit folgender Entschliessung an:

Die heutige, von fast allen Südnier-Buchdrucker-gehilfen besuchte Versammlung nimmt in Anbetracht der im September erneut stattfindenden Tarifverhandlungen das in Berlin zwischen den Südnier-Parteien zustande gekommene Ergebnis an, trotzdem sie mit dessen finanziellen Teile nicht einverstanden ist. Sie erklärt aber feierlich, sich jederzeit auch für die Zukunft zum Kampfe zu rüsten und bereit zu sein.

Anfänger hat die Südnier-Kollegenschaft am 12. August die Arbeit wieder aufnehmen lassen.

Von allgemeinem Interesse dürfte noch sein, daß am 16. August eine Sitzung des Kreisamts des II. Tarifkreises nach Köln einberufen wurde, deren einziger Tagesordnungspunkt „Die tarifliche Lage im Kreise II“ war. Über deren Ausgang sind wir noch nicht unterrichtet.

An die „Zeitschrift“

In Nr. 38 der „Zeitschrift“ vom 12. August behandelt der Leitartikel die tarifliche Lage im Buchgewerbe. Speziell die Streiks unserer Kollegen in Köln, Mainz, Wiesbaden betreffend, klingt der Artikel in die velsagenden Worte aus: „Alle diese Vorkommnisse müssen die Prinzipalität veranlassen, Schulter an Schulter zu stehen, um diesen wilden Streiks eine geschlossene Einigkeit entgegenzusetzen. Nur so können die unberechtigten Forderungen und die wilden Streiks abgewehrt werden.“

Nein, meine Herren, wohl die gesamte Gehilfenschaft und auch einschichtige Unternehmer stehen auf dem Standpunkte, daß die letzten Vorkommnisse in unserm Gewerbe den Prinzipalitäten die Erkenntnis bringen sollten, daß es höchste Zeit ist, ihren Arbeitern einen auskömmlichen Lohn zu bewilligen; dann würden derartige Bewegungen wie die von der Prinzipalität getriebenen von selbst ausbleiben. Entgegen der Auffassung der Schriftleitung der „Zeitschrift“ sehe ich auf dem Standpunkte, daß es sich bei den Bewegungen in Köln usw. nicht um unberechtigte, sondern nur um vom Tarifamt nicht anerkannte Forderungen handelt. Denn so viel steht fest und ist auch immer von den Gehilfenvertretern im Tarifamt bewiesen worden, daß die Buchdruckerlöhne gegenüber den Löhnen in andern Berufen weit zurückstehen. Wenn die Prinzipalität zu dieser Einsicht nicht kommt, dann hat nur sie allein die Verantwortung für wilde Lohnbewegungen zu tragen.

Einsichtige Prinzipale erkennen die Notlage ihrer Gehilfen schon lange an und versuchen durch besondere Zuwendungen einen Ausgleich gegenüber der Leuerung zu schaffen. Auch hier in Koburg hat ein Prinzipal, kein „Großer“, seinem Personal gegenüber zugegeben, daß die Entlohnung der Buchdrucker eine viel zu schlechte ist; dieser Fall wird nicht vereinzelt dastehen.

An der Prinzipalität liegt es nun, bei den kommenden Verhandlungen im September die drückende Notlage der Gehilfenschaft anzuerkennen und eine auskömmliche Entlohnung Platz greifen zu lassen. Keiner Mitgliedschaft wird es dann einfallen, wilde Bewegungen zu machen. Die Ruhe und Ordnung, die doch beide Teile wünschen, wäre in unserm Gewerbe gesichert.

Koburg.

W. Smolinski.

Gegen überflüssige Fremdwörter

„Der Mann ist gelehrt, der sein Deutsch versteht“, sagte Goethe. Da lese ich vor kurzem im „Korr.“, wie ein Gothaer Kollege auf seine Volksschulbildung hinweist und dann spöttisch bemerkt, daß er das Latein des Kollegen, gegen den er seinen Aufsatz richtet, nicht verstanden habe.

Selten hat mir ein Satz so auf gefallen wie der des Gothaer Kollegen. Der Kollege hat sich bei seinem Spott vielleicht gefragt, warum ein Satz geschrieben wird, den die meisten, ach, fast alle Leser nicht verstehen. Er hat daran gedacht, was für Umstände ein solcher lateinischer Satz macht. Erst für den Schreiber, der ihn aus dem Büchmann oder einem andern Hilfsbuche suchen muß, dann für den Leser, der ihn nur mit Hilfe eines Fremdwörterbuchs verstehen kann.

Zu welchem Zweck wird denn überhaupt im „Korr.“ geschrieben? Sicher doch deshalb, um Gedanken, die man für sehr nützlich für das Wohl der Kollegenschaft hält, allen Kollegen zu vermitteln. Diese Gedanken sind doch alle in deutschen Worten gedacht worden. Weshalb schreibt man sie dann nicht in deutschen Worten nieder? Weshalb fremde Sätze oder fremde Worte, die die wenigsten verstehen, dazwischen gestreut? Man schreibt doch nicht, um sich bewundern zu lassen, sondern man will doch nützen. Manchem Fremdwörterfreund gelingt aber beides nicht. Ich denke da an eine Soldatenversammlung im November 1918. Ein Redner wollte die Zuhörer vor überlebenden Hoffnungen warnen. Statt zu sagen, wir sollten die Zukunft nicht gar so rosig betrachten, warnte er mehrere Male vor unserm Pessimismus. So kann es einem ergehen.

Ich sage nichts gegen jedes Fremdwort. Manches kann gar nicht mehr verdeutlicht werden, wenn es nicht unverständlich werden soll. Ich singe auch die Internationalen und nicht die Zwischenstaatliche. Aber das Säulen von entbehrlichen Fremdwörtern in Schriften, die für Arbeiter geschrieben sind, halte ich auf jeden Fall für verwerflich. Da schreibt z. B. der Kollege Bausfeld (Leipzig) das herrliche Wort Mentalität nieder. Wieviel Kollegen werden es verstehen?

Doch dieses gelegentliche Brummen mit einigen Fremdwörtern ist bei weitem nicht zu vergleichen mit der Unverständlichkeit der wissenschaftlichen Schriften, auch der sozialistischen. Man fragt sich manchmal, für wen eigentlich die Leute schreiben. Für die Bekleidung der Arbeiterklasse wollen sie schreiben und eine Zeitschrift gegen bürgerliche Junkelgelehrte wird daraus. Da braucht sich dann niemand zu wundern, daß wissenschaftliche Bücher verhältnismäßig wenig von Arbeitern gelesen werden. Würden doch alle geistigen Führer der Arbeiterchaft einsehen lernen, daß uns mit gelehrten Sachausdrücken und allem Drum und Dran gar nicht gedient ist. Diese Art Bildung wollen wir nicht. Wir wollen die großen Zusammenhänge in Natur und Gesellschaft erkennen lernen. Wer sich berufen subit, uns ein solches Wissen zu vermitteln, der soll es in klaren, einfachen deutschen Sätzen tun. Wer da glaubt, nicht ohne Fremdwörter auskommen zu können, weil diese angeblich keine Arbeit schmücken, den bitte ich, das Lied von der Glocke zu lesen und dort die Fremdwörter zu zählen.

Dagegen ein neuzeltiger Aufsatz oder eine Rede: Opportunisten, Menschewisten, Zentrifugen, dann kommen die unvermeidliche Diktatorierung, die vitalsten Interessen und das Äquivalent und als Edelstein das wundervolle Wort Mentalität. Welche Verwirrung ein solches Fremdwort anrichten kann, zeige mir kürzlich ein Kollege. Er war ganz erstaunt, als er den Ursprung des Wortes Menschewist kennen lernte. Er hatte sich einen Verbrecher in der Grube eines Raubmörders vorgestellt.

Nicht die Verdeschungszeit, die 1914 einsetzte und 1918 pünktlich endigte, möchte ich wieder ausleben. Erreut wäre ich aber, wenn recht viele Kollegen mit mir die Forderung erheben würden: Fort mit allen entbehrlichen Fremdwörtern.

Leipzig.

Frans Winckelmann.

Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. Die zwischen dem Hauptverbande der österreichischen Buchdruckerelbesitzer und dem Verband österreichischer Steindruckereibesitzer einerseits und dem österreichischen Faktorenverband andererseits abgeschlossene Vertragsgemeinschaft ist, wie die „Buchdruckerwoche“ mitzutellen wußte, ganz dem deutschen Vorbilde nachgebildet worden. Entsprechend dem Verhältnisse der österreichischen Valuta ist das Grundgehalt festgelegt für Druckorte der Ortsklasse I auf 1000 Kr. wöchentlich bzw. 4333 Kr. monatlich, der Ortsklasse II auf 1150 Kr. wöchentlich bzw. 4954 Kr. monatlich, der Ortsklasse III auf 1350 Kr. wöchentlich bzw. 5850 Kr. monatlich. Hierzu tritt, wie im Deutschen Reich, für Gruppe A (Faktoren in leitender Stellung) ein Zuschlag von 30 Proz., Gruppe B (Abteilungsleiter) ein solcher von 20 Proz. und für Gruppe C (mitarbeitende Unterfaktoren und Helfer von Betrieben mit weniger als zehn Personen) ein Zuschlag von 10 Proz. Der Vertrag gilt vorläufig auf ein Jahr und, falls er nicht bis 31. Januar 1922 aufgekündigt wird, ein Jahr länger.

Siebenbürgen-Banau. Das Internationale Buchdruckersekretariat erhielt vom Zentralvorstande des Verbandes der graphischen Arbeiter Siebenbürgens und des Banats die Mitteilung, daß die dortigen Buchdruckerelbesitzer beschlossen haben, die Löhne abzubauen so wie die Gehilfenschaft in Hermannstadt und Kronstadt auszusperren. Beide Städte weisen die geringsten Lohnsätze auf und stehen deshalb vor einer Tarifrevision. Das gesamte Verbandsgebiet Siebenbürgens gilt als gesperrt; vor Zugang und Vericklung von Streikarbeit wird eindringlich gewarnt.

Elßaß-Lothringen. Seit dem 13. Juni befinden sich die Personale der Oberelsässischen Verlagsanstalt in Kolmar, Seltzstadt, Mühlhausen, Gebweiler, Thann und St. Ludwig im Zustande, weil die Firma den Tarif fortgesetzt verleihe. Die Löhne wurden herabgesetzt und die Lehrlingskassa überdrückt. Im allen Reichwerden in dieser Hinsicht zu ergeben, bemühte diese Firma jeden Vorwand, um die tarifstreuen Gehilfen zu entlassen und dafür Gebe einzustellen. Auf die Weise wollte sie gänzlich die freiwirtschaftliche Gruppe regional d'Alsace et de Lorraine des französischen Bucharbeiterverbandes, der Buchdrucker, Lithographen, Buchbinder und Hilfsarbeiter umfacht, vernichten. Jetzt nun lüch die genannte Firma ihre Arbeiten im Auslande herstellen zu lassen. Das muß unbedingt verhindert wer-

den. Man hätte allerdings annehmen sollen, daß seitens des französischen Verbandsvorstandes oder aber der Gewerkschaften wenigstens die Nachbarländer von einem Zustande solchen Anlaufes sofort in Kenntnis gesetzt worden wären. Das ist leider nicht geschehen, weder der Schweizerische Typographenbund noch der Verband der Deutschen Buchdrucker wurden unterrichtet, weshalb die Pläne der Oberösterreichischen Verlagsanstalt nicht durchkreuzt werden konnten. Wie wir aus einer Bekanntmachung des Zentralkomitees des Schweizerischen Typographenbundes in der „Selbstlichen Typographia“ erfahren, ist es der bestreikten Firma in einem nicht genau festzustellenden Maße bereits gelungen, ihre Arbeiten in der Schweiz herstellen zu lassen. Wenn das gleiche auch in Deutschland versucht werden sollte, erluchen wir unsere Kollegen um die strikte Verweigerung von Streikarbeit, unter gleichzeitiger Anrufung der Organisationsinstanzen.

Frankreich. Vor kurzem wurde in Paris die französische Bucharbeiter- Esperanto-Gruppe gegründet, die bereits im besten Schwunge ist; Kollegen aus allen Teilen Frankreichs haben schon ihren Eintritt angemeldet. In verschiedenen Ländern ist eine gleichartige Bewegung unter den Buchdruckern im Gange. Es wäre erwünscht, daß auch in Deutschland eine solche Vereinigung zustande käme. Der Zweck dieser Gruppe wäre, die Esperanto-Sprache im eignen Land innerhalb des Buchdruckergewerbes zu verbreiten. Sobald mehrere ähnliche Landesgruppen existieren, würde ein „Internationaler Esperanto-Bucharbeiterverein“ gegründet werden können mit einem Hauptorgan in Esperanto, wodurch ein direkter Meinungsaustausch über sämtliche unsere Beruf betreffende Fragen zwischen Kollegen aller Länder zu ermöglichen wäre. Unter der Adresse: Grupo Esperantista de la Franca Preslaboristaro, 20, rue de Savoie, Paris 6^e, erfahren Interessenten Näheres.

Aber die französische Ein- und Ausfuhr von Druckerzeugnissen liegen jetzt neue Ziffern vor. Danach überwiegt die Einfuhr von Büchern die Ausfuhr um ein erhebliches. Während der ersten zehn Monate von 1920 wurden 68730000 Fr. für Einfuhr von Büchern in französischer Sprache registriert, während die Ausfuhr nur 21472000 Fr. betrug. Dagegen hatte die Einfuhr von Zeitungen und Fachzeitschriften nur 9596000 Fr. Wert, die Ausfuhr dagegen 37289000 Fr. Effekten und Zeichnungen gingen für 243000 Fr. ein, für 2658000 Fr. aus; verschiedene Druchlagen hatten für 2647000 Fr. Einfuhr und für 12531000 Fr. Ausfuhr.

Belgien. Hier ist ein Geleiz in Sicht, das die Sonntagstrube im Zeitungs-gewerbe anstreift. Nach Beratung im Ministerial liegt der Entwurf jetzt dem Justizministerium und dem Obersten Arbeitsrat zur Prüfung vor. Alle mit der Herstellung, Verwaltung und Expedition periodischer Veröffentlichungen verbundene Arbeiten sind danach von Sonntagmorgen 6 Uhr bis Montagmorgen 6 Uhr verboten, bezugnehmend jeder Verkauf solcher Erzeugnisse von Sonntagnachmittag 3 Uhr bis Montagnachmittag 3 Uhr. Hohe Strafen werden für Übertretungen festgesetzt.

Holland. Der „Pelsiger Mustermesse“ zufolge bilden Konsumentenräte im holländischen Drucker-gewerbe eine neue Erscheinung des Wirtschaftslebens. Die Konsumentenräte innerhalb des Druckergewerbes bestehen neben den Organisationen der Prinzipale und Gehilfen. Sie sind zwecks Nachprüfung der seitens des Publikums bestandensten Preispolitik aus je einem Mitgliede der Regierungen, Gemeindevorwaltungen, Wissenschafts-, Handels-, Gewerbe- und Mittelstandskreise zusammengesetzt. Vor jeder Änderung des Preisstarfs sind die Konsumentenräte zu hören. Alle Kalkulationsunterlagen müssen ihnen zugänglich gemacht werden.

Norwegen. Das ziffernmäßige Abstimmungsresultat über den Tarifvorschlag der Gehilfenvertreter (S. 93 des „Storr.“), der die Lohnabgabebüchlein der Prinzipale etwas milder bzw. verlangsamt, wurde von der Gehilfenchaft mit einer Stimmzahl von etwa 58 Proz. angenommen. 849 Stimmen lauteten auf Ja, 615 auf Nein. Der Tarif gilt bis zum 31. März 1922.

Finnland. Der Verbandsrat des finnischen Bucharbeiterverbandes hatte am 30. Juni Teilnehmer aus allen größeren Ortsgruppen in Helsingfors versammelt. Vom graphischen Arbeitsgewerbe war ein Vorschlag gemacht worden, den bestehenden Tarif unverändert auf zwei Jahre zu verlängern, gerechnet vom 1. Januar 1922 ab. Im Hinblick auf die drückenden wirtschaftlichen Verhältnisse erließen es rasch, den Vorschlag anzunehmen. Die Verlängerung wurde am selben Tage von beiden Parteien unerschrocken gutgeheißen. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, eine Abereinikunft mit den Hilfsarbeitern zu treffen und seinen Einfluß bei der Behandlung der Nacharbeitsfrage im Reichstages geltend zu machen. Im allgemeinen wurde darüber geklagt, daß zu viel Parteipolitik in den Versammlungen der Organisation getrieben wird.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Aue i. Erzgeb. mit Umgebung. (Warteljahrberichterl.) Zwei Monatsversammlungen machten sich zur Erledigung der Geldangelegenheiten. Weder konnte eine Neuaufnahme gebucht werden. Beschwerden wurde eine Kasse im „Storr.“ unter „Nacharbeiten“ bezugslos aus Schwarzenberg i. Sa. Die Monatskonferenz zur Stärkung des Verbandes wurde vom Vorstand aufgestellt. Den ersten 25-jährigen Geburtstag feierte der Ortsverein in seinem Mitbegründer, Kollegen Eduard Ritter, aufzuweisen. Zu

dessen Ehren fand ein kleiner Festabend statt. Zusammen mit den Verhingen besichtigten wir das Elektrizitätswerk „Obererzgebirge“ in Schwarzenberg. Weitere Besichtigungen anderer Art sollen folgen. Auf einem Ausfluge nach dem Auersberge kehrte am Vorabend der Gelangereiten „Gutenberg“ aus Chemnitz hier in Aue ein. Die Auers Buchdrucker veranstalteten aus diesem Grunde einen Sommerfest der Chemnitz-Kollegenvereine und der Arbeitergelangereiten „Großhann“ (Aue) befristeten. Lehreter Verein hat auch den Auern, ihre Chemnitz-Gäste die Nacht über zu verquartieren. Das Johannistfest verlief in schönster Weise.

Berlin. (Stereotypen- und Galvanoplastiker.) Die ordentliche Generalversammlung am 17. Juli beschloß sich u. a. mit dem Beschluß der Vertrauensmännererklärung der Stereotypen- am 2. Juli, eine Lohnverbesserung für alle Berliner Stereotypen- auf legalen Wege zu verlangen. Eine heftige Debatte für und wider die Tarifgemeinschaft lebte dabei ein. Gleichfalls wurde die neue Schlichtungsordnung kritisiert. Diese sei nur ein Scheinbeschäftigung für die Arbeitnehmer. Anschließend daran gab erster Vorsitzender Stenzhorn den Jahresbericht des Vorstandes. Der Verein zählt zur Zeit 518 Mitglieder. Aufgenommen wurden 18, verstorben sind 5 Kollegen. Arbeitslos sind zwei Kollegen. Zwei Vorträge wurden gehalten. Einer von Dr. Kühn über „Agippen und der Ursprung der Schrift“ und einer vom Gewerkschafts-genossen Carl über „Feuerbestattung“. Mitleidig wurde bedauert, daß der Veranlassungsbesch sehr minimal ist. Kassierer Wenzel gab den Jahresbericht, der den Kollegen gedruckt vorlag. Nach eingehender Erläuterung des Berichtes erfolgte einstimmig die Entlastung für den Kassierer. Zum Sommerfest am 21. August ist eine rege Beteiligung der Kollegen sehr erwünscht.

Serford. Die außerordentliche Versammlung am 27. Juli beschäftigte sich hauptsächlich mit den Verhandlungen der Tarifausschlichtung und mit dem gefällten Schiedspruch, welcher für uns Kollegen, die wir doch im Lohn gegenüber dem Lohn vieler anderer Arbeiterkategorien erheblich zurückgeblieben sind, sehr mager ausgefallen ist. Unser Bezirksvorsitzender Lepfer (Wiesefeld) hielt einen längeren Vortrag über die Bezirksvorsitzendenkonferenz in Köln. Redner bedauerte das unsoziale Entgegenkommen der Prinzipale in materieller Hinsicht den Kollegen gegenüber, empfahl aber trotzdem die Annahme des Schiedspruchs. Die nach dem Referat einsetzende Kritik war eine sehr heftige und wohlverdiente. Von sämtlichen Rednern wurden die hohen Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel herorgehoben. Der gefällte Schiedspruch sei gegenüber den in nächster Zeit auftauchenden schwerbelastenden Steuern, Brotpreisen, und Preissteigerung unannehmbar. Gerade durch ihr starrs Verhalten fordern die Prinzipale die Gehilfen zum Stampo heraus. Die Kollegen entschlossen sich, den Schiedspruch wie er nun einmal gefällt sei, anzunehmen, sprachen aber die Hoffnung aus, daß nach Ablauf dieser Periode, Mitte September, ein andres, besseres Resultat erzielt werde, wenn nicht, dann würden die hartnäckigen Prinzipale erfahren, daß die Gehilfen geschloffen und fest wie eine Mauer hinter ihren Führern stehen und den ihnen aufgezungenen Kampf getrost aufnehmen.

Konstanz. Am 30. Juli fand hier eine außerordentliche Versammlung statt, der eine Kommissionsprüfung zwischen Prinzipalen und Gehilfen vorausging. Der Grund zu den Verhandlungen liegt in dem hierzeit am hiesigen Orte vereinbarten Lokalzuschlage von 25 Proz. Der Tarifausschlichtungsgenehmigte aber nur 20 Proz., weil Konstanz noch nicht in die Serbisklasse A eingereiht ist. Es wurde aber eine Sonderzulage von 2,40 Mk. für alle Gehilfen am hiesigen Orte gewährt. Die Prinzipalität durchbrach jedoch den Beschluß, indem sie sich weigerte, den neu eingestellten Kollegen die 2,40 Mk. auszubehalten. Die hiesige Gehilfenchaft nahm sofort Stellung zu diesem Vertragsbruch und verhandelte unter Mitwirkung der beiden Kreisvertreter aus Stuttgart in dreistündiger Kommissionsprüfung am Nachmittag. Indem von der gegnerischen Seite alle möglichen und unmöglichen Gründe ins Feld geführt wurden, konnte doch dank der stilligen Mithilfe unseres Kreisamtsvertreter Kollegen Klein (Stuttgart) folgendes Resultat erzielt werden: Die 2,40 Mk. Sonderzulage erhalten wieder alle Gehilfen, ferner werden an die verbeiraten 20 Mk. und an die ledigen Kollegen 15 Mk. ausbezahlt als einmaliger Ausgleich der Wirtschaftsbefehle von April Mai. Die Sonderzulage bleibt so lange in Kraft, bis Konstanz in die Serbisklasse A eingereiht ist, was von der hiesigen Beamtenschaft ernstlich vertreten wird. In der Versammlung am Abend wurde den Kollegen das Resultat unterbreitet und von ihnen angenommen. Kollege Klein stellte daran anschließend in einem sehr lehrreichen Referate die wichtigsten Momente aus der Zeit von der letzten Generalversammlung bis jetzt. Auch gab er uns Einblick in die manchmal unüberwindlichen Schwierigkeiten in den Verhandlungen des Tarifausschlichtung. Wir müssen unbedingt wieder in die Lebensverhältnisse der Vorkriegszeit kommen, wenn der Arbeiter wieder mehr Freude an seinem Berufe haben soll. Dieses könnte aber nur erreicht werden durch unbedingte Einigkeit unter uns selber im großen Verband und ganz besonders in der Arzelle unserer Bewegung, in der Truderdor. In der Diskussion über das Referat wurde von den Kollegen die Arbeit unseres Kreisvertreter im allgemeinen, wie die von der Verhandlung dankend anerkannt und mit dem Wunsch vereinigt, Kollegen Klein bald wieder bei uns zu leben und seinen interessanten Ausführungen zu lauschen.

Lübeck. Die am 7. August hier abgehaltene Bezirksversammlung, die auch von den Bezirksorten

Schöneberg und Grevesmühlen gut besucht war, beschäftigte sich in der Hauptsache mit den letzten Vorgängen auf dem Tarifausschlichtung. Hinsichtlich gab der Vorsitzende eine gedrängte Übersicht über den Gang der Verhandlungen. Er kritisierte den Schiedspruch des Reichsarbeitsmittlervereins und stellte diesem gegenüber einen Spruch des Lübecker Schiedsgerichts in Sachen des Holzgewerbes. In diesem Schiedspruch wurde den Arbeitern ein Stundenlohn von 6,50 Mk. ausbezahlt. In der Begründung heißt es: „Wenn auch der Schlichtungsausschuss der Ansicht ist, daß die Preisverhältnisse eine besondere Lohnsteigerung nicht bedingen, so hat er jedoch in den letzten Monaten die Praxis verfolgt, den Arbeitern, die mit ihrer Lohnhöhe noch nicht den Durchschnitt anderer Arbeiterkategorien erreicht haben, eine Aufbesserung zuteil werden zu lassen.“ Das war im Juni. Jetzt hätten die Arbeiter wieder ein paar Tage Streik hinter sich und nun wären ihnen 7,50 Mk. ausbezahlt worden. Er stellte diesem Stundenlohn unsern von 5,65 Mk. gegenüber und gab die Schuld unsern Vertretern und Führern. Wohl hätten unsere Vertreter die Pflicht, bei den Verhandlungen so viel wie möglich herauszuschlagen, aber sie hätten kein Mandat, tagelang um eine Pfennige zu feilschen. Die wochenlange Tierquälererei, von der der „Storr.“ spricht, werde von den Mitgliedern gar nicht verlangt. In der Diskussion über diesen Punkt wurden dann aber noch schärfere Töne gegenüber unsern Vertretern angeschlagen. Die vom Vorstand eingebrachte Resolution wurde als zu zahm gehalten abgelehnt und dafür folgende einstimmig angenommen: „Die am 7. August 1921 stattgefundene Versammlung des Bezirks Lübeck erklärt nach Stellungnahme zu den neuen Tarifausschlichtungen folgendes: Die von den Unternehmern im Buchdruckergewerbe ihren Gehilfen erst nach langwierigen Verhandlungen gewährte äußerst minimale Lohnzulage ist ein Sobn in Anbetracht der teuren Lebensverhältnisse und lang noch nicht einmal, für einen verbeiraten Kollegen mit Kindern den erhöhten Brotpreis auszugleichen. Wenn die gewerkschaftliche Disziplin die Kollegen veranlaßt, trotzdem diese neuen Abmachungen anzunehmen, so geschieht dies deshalb, weil erwartet wird, daß im September den gerechten Forderungen entsprochen wird. Sollte dies aber nicht der Fall sein, so erklärt die Versammlung, daß sie dann veruchen wird, die Löhne auf die Höhe zu bringen, die es ihnen ermöglicht, die hohen Lebenskosten zu bestreiten, da die Tarifausschlichtung ihnen diese Möglichkeit nicht gibt.“ Zu Anfang der Versammlung wurde eine Gedankensatz für unsere gefallenen Kollegen eingeweiht. Die Tafel, die 35 Namen aufweist, ist von einem Kollegen in Holz geschnitten, mit einem passenden Rahmen versehen und macht einen durchaus würdigen Eindruck.

Mühlhausen (Thür.). Die aufgeschobene Versammlung am 30. Juli nahm Stellung zu der gegenwärtigen Lage. Vorsitzender Wehner machte einige Ausführungen über die Gewerkschaftskonferenz. An der hierauf einsetzenden Debatte beteiligten sich eine ganze Reihe Kollegen. Am Hand von drastischen Beispielen wurde die hiesige Verelendung der Buchdrucker speziell in der letzten Zeit den Anwesenden vor Augen geführt. Der Antrag des Vorsitzenden wurde von einem kritischen Vorgehen, wie in der vorhergehenden Versammlung in Aussicht genommen, abgesehen und eine Resolution angenommen, in welcher schärfer Protest erhoben wird gegen die Abmachungen betreffs der letzten Wirtschaftsbefehle, die selbige in keinem Verhältnis zu der Steigerung der Lebensmittel bzw. der notwendigen Bedarfsartikel steht.

München. (Bezirksmaschinenmesterverein.) In der ordentlichen Jahrsversammlung am 30. Juli wurden 20 Kollegen aufgenommen, darunter 10 Kollegen aus dem Bezirk. Unter „Vereinsmitteilungen“ gab Kollege Feltner die Einladung des Schweizer Maschinenmesterverbandes in Olten bekannt, der jedoch aus finanziellen Gründen nicht Folge geleistet werden konnte. Für die nächsten Monate sind wieder zwei große Vortragsabende geplant. Dem Kreis München wurde das bei der Gründung erhaltene Darlehen von 200 Mk. geschenkt. Für eine Neubesetzung im Gehilfenprüfungsausschuss wurde Kollege Feltner einstimmig bestimmt. Anschließend daran erstattete der Vorsitzende Feltner den Jahresbericht. Mit Genugtuung konnte festgestellt werden, daß die Versammlungen und Veranstaltungen seitens der Mitglieder gut besucht waren. Der Bericht zeigte eine rege Betätigung des Ausschusses in allen Fragen, und auch die Agitation in der Provinz war mancherorts mit Erfolg geführt, was die Zunahmen in dieser Zeit bezeugen. Ein Teil der Provinzkollegen ist von der Notwendigkeit des Zusammenstehens noch nicht so durchdrungen, wie es notwendig ist. Wir hoffen aber, daß in nächster Zeit bei allen für uns in Frage kommenden Kollegen unseres Bezirks der Gedanke des Anschlusses zur Tafel wird. Kollege Reichherzer gab sodann den Jahresbericht, dessen Bilanz als zufriedenstellend bezeichnet werden kann. Sodann berichtete Kollege Regn über den Kreis und gab Einblick in die Verhältnisse der einzelnen Bezirksvereine. Auch hier konnte gesagt werden, daß die Bezirksausschüsse sich sehr rühmig und zufriedenstellend ihrer Aufgabe entledigen. In der Diskussion wurden dem Bezugs- und Kreisvorsitzend Dank und Anerkennung für ihre fruchtbare Arbeit ausgesprochen. Eine allgemeine Ansprache über organisatorische Vorkommnisse bildete den Schluß der Versammlung.

Mitna. In der starkbesuchten Versammlung am 4. August beschäftigte man sich eingehend und kritisch mit der letzten durch Schiedspruch erzielten „Lohnverbesserung“, die in keinem Verhältnis zu den Kosten der Gewerkschaftskongressen und der Tarifausschlichtungen steht. Allmächtig kam zum Ausdruck, daß eine Erhöhung der Lohnzulage um 9 Mk. notwendig und der Rückständigkeit unter der hiesigen bedeutend besser entlohnenden Arbeit-

schaff preisgäbe. Gel es nun einmal auf fasslichem Wege nicht mehr möglich, unsre Existenzmöglichkeit zu verbessern, so mühten andre Mittel und Wege gefunden werden. Nirna habe stets die Disziplin hochgehalten. Gehe es aber so weiter, werde man bei der nächsten Pflanzschere mit Bestimmtheit brüchig zur Selbsthilfe greifen. Die Provinz müsse sich allerorts selbst regen, wolle sie sich bei den überhöht leuren Verhältnissen ihr Dasein nicht noch mehr verkümmern lassen. Bei Mies- und andern Steigerungen werde der Buchdrucker stets als gutbezahlte Persönlichkeit angesehen. Gibt er dann aber wahrheitsgemäß sein vornehmendes Einkommen an, so wird ihm erwidert: „Ich halte allerdings geglaubt, Sie würden bedeutend besser bezahlt.“ Auch auf diesem Gebiete muß moralisch eingewirkt werden. Fort mit jedem Dünkel! Im weiteren wurde eine Ständige für die durchreisenden Kollegen geschaffen. Nach Aufstellung der Vertreterkandidaten aus Oriskankrankkassen, in welcher die Buchdrucker sehr zahlreich vertreten sind, würdigste Vorkörper Gen die fast 20jährige Fähigkeit des nummehr als Oriskankasser aus dem Amte geschiedenen Kollegen Spoorowitsch und hob hervor, daß er in diesem Zeitraume seine ganze Kraft in jeder Beziehung vorbildlich der Organisation gewidmet habe. Die Anwesenden sollten ihre Anerkennung durch Erheben von den Sitzen.

Konsdorf (Abh.). Die gutbesuchte Versammlung am 6. August sahle den Beschluß, sich auf den Boden der fasslich gegebenen Verhältnisse zu stellen. Obwohl das Ergebnis vom 25. Juli nicht befriedigt, waren die Kollegen der Ansicht, daß unsern Gehilfenvertretern unbedingt Vertrauen entgegenzubringen ist. Ein brüchliches Vorgehen wurde entschieden verworfen, wenn die Sache nicht von der Zentrale unterläßt wird.

ks. Sporkau. Unsre letzte Monatsversammlung behauptete a. die fassliche Lage. Die nach Annahme des Schiedspruchs geschaffene Situation wurde von allen Seiten betrachtet und besprochen. Es kam zum Ausdruck, daß auch die jetzt nach Annahme des Schiedspruchs und seiner Änderungen geltenden Lohnsätze noch lange nicht den begabten Erwartungen und den bitteren Lebensnotwendigkeiten gerecht würden. Die vollständigste Verarmung sahle eine Entschliebung, in der gefast wird, daß, nachdem höchste amtliche Stellen, u. a. kürzlich der Reichskanzler, festgesetzt hätten, die deutsche Mark sei bis auf ein Zehntel ihres Friedenswertes gesunken, unsre Vertreter in den fasslichen Instanzen alles daran setzen müßten, zu erreichen, daß dementsprechend auch die Löhne auf mindestens das Zehnfache der Friedenshöhe festgesetzt würden. Diese Entschliebung soll dem Gehilfenvertreter zur Kenntnisnahme sowie den Bezirksvorstößen des Ganges Schlesien mit dem Ersuchen um tafällige Unterstützung in dieser wichtigen Frage angefaßt werden. Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren interner Natur. — Die seit etwa 30 Jahren hier bestehende Druckerer Otto Eisner, in welcher der „Sporkauer Anzeiger“ unter Ausschluß der Öffentlichkeit erschien, ist in den Besitz des ehemaligen Schriftgelehrten G. Feltt übergegangen. Die Firma Otto Eisner hat niemals den Tarif anerkannt und unsre Hoffnung, mit dem Besitzwechsel würde eine Änderung und Anerkennung des Tarifs erfolgen, hat sich nicht erfüllt. Auch der neue Besitzer vermeigert die Anerkennung des Tarifs und es geht in dem allen Schlandrian mit der Lehrlingsausbeutung weiter.

Wismar l. Mechl. In der Versammlung am 30. Juli wurde nach Erlebung von Vereinsmitteilungen und der Abrechnung vom zweiten Vierteljahre der Bericht von der Gauvorsitzerkonferenz entgegengenommen. Daran schloß sich die Stellungnahme zum Schiedspruch vom 25. Juli. Alle Kollegen sprachen ihre Anzuredenheit mit dem Erreichten aus, das absolut nicht die Not und das Geld zu lindern vermag. Besonders verurteilt wurde noch, daß auch dieses Mal wieder die Stoffungen vorhanden sind, obgleich es doch wohl endlich an der Zeit wäre, dieselben bei neuen Lohnzulagen fortzulassen. Ist es doch Tatsache, daß z. B. eine Stadt aus unserm Gau eine höhere Indexzahl hat wie verschiedene Großstädte mit bedeutend höheren Steuerzulagen. Es wurde dann noch der Kommissionsbericht vom 50. Sitzungstage, das am 20. und 21. August gefast wird, entgegengenommen.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Nachahmenswertes Beispiel. Die Firma Ferdin and Feldmann in Ludwigshafen a. Rh. gewährte aus Anlaß des vierzigjährigen Geschäftsjubiläums dem gesamten Personal Beträge von 100 und 50 Mk. (Lehrlinge 50 Mk.).

Wirtschaftsbehilfs für Faktoren. Nachdem der Gehilfenrat für die Monate August und September durch Schiedspruch eine neue monatliche Zulage bzw. Erhöhung der Wirtschaftsbehilfs zugestanden wurde, ist diese Zulage auch den Faktoren zu zahlen, und zwar laut Bekanntmachung des Hauptauschusses der Vertragsgemeinschaft der Prinzipale und Faktoren im Buchdruckgewerbe vom 4. August d. J. Es sind zu zahlen in Orten mit bis zu 7½ Proz. Lokalaufschlag eine neue Zulage von 30 Mk., in Orten von 10 bis 17½ Proz. 36 Mk. und über 17½ Proz. 45 Mk. pro Monat.

Die 42steilige Gutenberg-Bibel. Von dem Hauptwerke Gutenbergs, der berühmten 42zeiligen Bibel, von der im letzten Winter ein kleiner Teil von der Münchener Staatsbibliothek als Publikation verkauftes Exemplar auf einer Londoner Antiquarfeier für 2750 Pf. Sterling an einem dortigen Antiquar erworben wurde, hat sich

Dr. J. Reitz in der Freiburger Universitätsbibliothek neue Bruchstücke gefunden. Es sind 42 Blatt, die er als Material für die Einlage in einem alten gepreßten Schmelzleberband entdeckte — die alten Buchenbände haben ja bei ihrer Auflösung schon ältere die kostbarsten Funde ergeben. Auf Grund textkritischer Vergleichung u. a. mit dem in Faksimile veröffentlichten Bruchdruck der Berliner Staatsbibliothek ließ sich feststellen, daß es sich um Bruchstücke des ersten Bibelzuges Eulenberg handelt. Die Blätter zeigen sorgfältige Rubrizierung, einfache und schöne Illuminierung, besonders der abwechselnd blauen und roten kleinen Initialen. Wahrscheinlich wurde die Bibel, aus der die Blätter stammen, schon in Basel um 1559 datiert. Denn wie der Finder im „Zentralblatt für Bibliothekswesen“ mitteilt, gehört der Einband zu einem in diesem Jahr in Basel erschienenen Buche Heinrich Büllingers, das er nach handschriftlicher Eintragung dem späteren Freiburger Professor Johann Brunner, damals Professor in der Schweiz, vererbt.

Irreführende Namensänderung. Der Verein Berliner Vorortpresse, in dem, wie der Name besagt, die Vorortblätter vereinigt sind, hat seinen Namen umgewandelt in „Verein Berliner Zeitungsverleger e. V.“ Diese Namensänderung ist geeignet, Irrtümer hervorzurufen, denn die großen politischen in Berlin erscheinenden Tageszeitungen sind in der „Vereinigung Großstädtlicher Zeitungsverleger“ zusammengeschlossen.

Ein amerikanischer Zeitungsstreik. Durch die Presse ging vor einiger Zeit die Schilderung eines mit allem Raffinement der Neuzeit ausgestatteten Zeitungslokales, den einer der Maladoren der selben Presse Südamerikas zur Erhöhung des Rufes seiner Zeitungen errichtet hat. Es gibt da Marmortreppen und Säulen von erlesener Pracht, die Redaktionsbüreaus strotzen von Reichtum und Eleganz und sogar ein eigener Ballsaal ist vorhanden. Daß auch eine Apotheke vorgesehen wurde, in der ein ganzer Stab von Ärzten Tag und Nacht damit beschäftigt ist, den Lesern des Blattes kostenlos Ratshage zu erteilen, werden insbesondere diejenigen als eine Wohltat empfunden, denen bei der Lektüre der Palastrichtung schlecht geworden ist. Daß die angestellten Ärzte mit besonderem Nachdruck die Medikamente empfehlen, die im Inseratenkatalog auftauchen, finden die bürgerlichen Blätter, die diesen Umstand ausdrücklich hervorheben, vollkommen in Ordnung. Wenn man weiß, daß in der amerikanischen Presse in geradezu ungeheuerlichem Umfange gemeingefährliches oder völlig wertloses Zeug von Kurpfuschern aller Grade angefertigt wird, so kann man sich eine Vorstellung von dem segensreichen Wirken einer Apotheke machen, in der, unter dem Vorspann scheinbar objektiver ärztlicher Fachmänner, gerade dieses Zeug Hilfe suchenden kranken Menschen aufgefunden wird, noch dazu „mit besonderem Nachdruck“. Doch was liegt an dergleichen Falschheiten? Die Hauptsache ist das Geschäft, und die Seele des Geschäfts ist das Inserat. In dieser Beziehung unterscheidet sich die amerikanische Presse zwar in der Form, aber keineswegs in der Sache von der deutschen bürgerlichen Presse mit wenig Ausnahmen. Der Inseratenumsatz ist hier ebenfalls groß genug. Obwohl veraltete Machenschaften vom „Storr“ und allen Fachblättern des Buchdruckgewebes gebührt unter die Lupe genommen und die Schwindelanzelgen abaunder bekämpft werden, blüht das „laubere“ Geschäft unvermindert weiter. In den Tageszeitungen selbst läßt man Interessierte niemals dazogen zu Worte kommen.

Die Bildungssteuer oder Kulturschulabgabe. In Nr. 82 berichtete der „Storr“ unter „Rundschau“ über diese Frage, die die Öffentlichkeit lebhaft interessiert. Der zur Prüfung dieser Angelegenheit vom Birenoveree Deutsche Buchhändler zu Leipzig eingesetzte Ausschuß gibt nun in einer sonders erschienenen Denkschrift seine Meinung in ablehnendem Sinne kund, was durchaus nicht wunder nimmt, da gegnerische Stimmen aus Verlegerkreisen schon genug vorhanden waren. Ein Mann der Feder äußert sich dazu in der „Papierzeitung“ folgendermaßen:

Bekanntlich lauchte der Gedanke auf, aus den Ertragsrüfen der Werke gemeintester Alterität und Kunst einen Grundstock zu bilden, der zur Unterstützung bedürftiger Schriftsteller und Künstlers Förderung der deutschen Bildungseinrichtungen dienen soll. Man verlangte eine entsprechende Änderung des Urheberrechts. Es kam zu Vorberandlungen zwischen Verleger und Literaten und zur Überwindung der Frage an den Reichstagen Reichswirtschaftsrat. Anfanglich waren die Verleger geneigt, bei Beratung und Durchführung aller zur Lösung der Not geistiger Arbeiter geeigneten Maßregeln mitzuwirken, als dann aber die erweiterte Forderung auftauchte, die Kulturschulabgabe alle Werke auszuheften (etwa durch einen zehnprozentigen Zuschlag auf den Ladenpreis oder durch Verwendung eines Teiles der Valutagewinne, in die sich fast nur Verlag und Sortiment teilen, während der Schöpfer des Werkes leer ausgeht), fehlte der Widerspruch des Buchhandels ein, und man wendete sich, einen Fragebogen zu beantworten, der die Grundfragen zu den Berandlungen hätte erörtern können. Man trägt über Beilegung des Kulturschulabgabe des Buchhandels und des Sortimenters, die nur in vielen Einzelheiten nachweisen, wie groß der Plan einer solchen Kulturschulabgabe sei. Man würde eine gerechte Ausgleichsmöglichkeit, ebenso wie eine würdige Beteiligung der emfangenden Mittel und weih aus den büreaukratischen Erlösungen mit den Künstlergesellschaften leidet zureichende Einwürde genug ins Feld zu führen. Es moß dahingehend bleiben, ob die Nichtmitwirkung des Buch-, Kunst- und Musikvertriebes auch der Forderung ist dabei interessiert bereits im Vorhaben der geplanten Gesetzvorlage abzuschneiden war und ob sich aus der sich ja fast berechtigt gehaltenen Gedanken doch etwas herausgelassen werden könnte, dem auch der Buchhandel hätte zustimmen können. Sedenfalls wird jeder das Verlangen tragen, nun auch die Gründe und Fortschritte der Christlichen- und Künstlerverbände kennen zu lernen. Zu behaupten wäre es, wenn schlichtlich gelehrgeliche Maßnahmen beschlossen würden, die sich gegen den Willen der Verlegerchaft durchsetzen müßten.

Abbau der Sortimentierzuschläge. Diese wichtige Frage, die das Buchdruckgewerbe sowie die Leserschaft lebhaft interessieren, und worüber der „Storr“ schon öfters (auch in Nr. 82 unter „Rundschau“) berichtete, droht im Laufe zu verfallen. Der Rückgang des Markturnes hat es auch den Buchhändlern angetan. Die für Mitte Juli erwartete Stundelierung im Buchhandel ist nicht ein-

getreten. Und so hat man die Verhandlungen über den Abbau des Sortimentierzuschlags angehtlich wegen der den Sortimentieren erwachsenden höheren Auslagen kurzerhand abgebrochen. Im wirtschaftlichen Verlaß ist der Abbau des Steuerzuschlags schon im wesentlichen durchgeführt. Dadurch sollen aber völlig unüberfällige Zustände eingetreten sein, so daß man wahrscheinlich an eine Rückgängigmachung denkt. Daß das Auslandsgehalt im Buchhandel in letzter Zeit besser war als das Inlandsgehalt, das ist angesichts der Steuerung erklärlich. Ganz besonders haben die hohen Preise im Sortimenten geschäft eine Gehaltsstille im Gefolge, wie sie seit vielen Monaten und auch im vergangenen Jahr um diese Zeit nicht zu verzeichnen war. Das bleibt natürlich auch auf das Buchdruckgewerbe nicht ohne Einfluß. Um zu natürlichen Verhältnissen zu kommen, muß endlich in jedem Beruf, und hier im besonders zur Hebung der Bücherzeugung, mit unnatürlicher Preisbildung aufgeräumt werden. Die Frage der Sortimentierzuschläge muß weiter eifrig diskutiert und baldigt gelöst werden.

Veränderte und verschwandene Bibliotheksschätze. Die vielen und teilweise langjährigen Striege, von denen alle Staaten, insbesondere Deutschland, betroffen wurden, haben unter den kostbaren Bibliotheksschätzen zum Nachteile für Wissenschaft und Forschung und somit für die Allgemeinheit durch Feuer und Vererbung ganz gehörig aufgeräumt. In jüngster Zeit erlitt auch die größte Bibliothek Russlands, die Petersburger öffentliche Staatsbibliothek, einen schweren Verlust. Noch in der Zarenzeit wurden, als Petersburg ernsthaft bedroht schien, die kostbarsten Bücher und Handschriften in das Innere des Landes geschafft. Der Ort ihrer Aufbewahrung wußte aber nur der Bibliotheksdirektor Aobeka, der inzwischen gestorben ist, ohne das Geheimnis verraten zu haben. So ist nun die Petersburger Bibliothek ihrer kostbarsten Schätze beraubt und nur ein glücklicher Zufall kann sie wieder an das Tageslicht bringen.

Steuerung und Geldentwertung. In Russland ist man jetzt dazu übergegangen, Geldscheine im Werte von 25000, 50000 und 100000 Rubel auszugeben, während bisher die höchsten Geldscheine auf 10000 Sowjetrubel lauteten. Diese Änderung im Geldwesen ist notwendig geworden, weil die Preise erneut so in die Höhe geschwollen sind, daß die bisher höchsten Geldwertcheine Kleingeld geworden sind. Bezug doch in letzter Zeit in Petersburg der Brotpreis im freien Verkehr 5000—9000 Rubel pro Pfund (gleich 400 g). Ein Pud (gleich 16,36 kg) Roggenmehl kostete nach amtlicher Feststellung in Seltarinenburg (Ural) am 25. Juni 110000 Rubel, am 30. Juni gar schon 210000 Rubel; Weizenmehl 160000 bzw. 250000 Rubel, Kartoffeln 60000 bzw. 70000 Rubel usw. Bezeichnend für die Preisverhöhnungen ist die Einführung eines neuen Eisenbahn tariffs, der den Fahrpreis für eine Meile von bisher 50 Kopeken auf 300 Rubel steigert. Beachtet muß hier wohl werden, daß die Preise für solche Personen gelten, die keiner Arbeiterkategorie eingegliedert sind. In Polen ist die Steuerung und Geldentwertung nicht minder groß und in Deutschland wird derselbe gefährliche Weg betreten, der zu keinem guten Ende führen kann.

Frangösischer Militarismus in Deutschland. Obwohl im beseiten Rheinlande kein Mangel an geeigneten Grenzorten besteht, wurde auf Anordnung des frangösischen Ogersheim und Mundenheim bei Ludwigshafen beschlagnahmt. Eine 600 Morgen bester Ackerbodens umfassende Fläche ist für einen frangösischen Grenzer- und Schießplatz bestimmt. Die Besitzer müssen das Gelände, ohne Rücksicht darauf, ob es bis dahin abgeerntet ist, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt geräumt haben. Die Kosten von etwa 550 Mill. Mk. geben auf deutsches Konto.

□ □ □ □ Literarisches □ □ □ □

„Sunden-Büch.“ Eine buchdruckerische Handwerkbücherei und Gesellschafte. Von Moritz Mannenberg (Münchener). Illustriert von Georg Kreisbach (Leipzig). Das Leben oder Wadern glücklicher Gestalten als Handwerkbücherei von Ort zu Ort mit dem besten Umschauhalten und (wenn notwendig) auch Altkneipen, ist heute aus nadelgeringen Gründen nicht mehr und wird sobald auch nicht wieder werden. Am jo mehr hat das vorliegende Buch, das Leben und Treiben aus früherer Handwerkbücherei lebt bei Erinnerung bringt seinen Wert. Es ist ein vorzügliches Buch, das allen Kollegen Freude und Spaß machen muß. Man auch der Held des Buches, Hans Büch, unsern jungen Kollegen im presen und ganzen nicht als Vorbild dienen kann, jo zeigt er doch, wie vieles nicht gemacht werden soll und nicht jo belehren. Die naturgetreue, ungekünstelte Wiedergabe des Buchdruckerlebens in der Provinz, jo Staute in der Familie, in der Bude, auf der Landstraße und in den Berbergen, das macht das Buch zu etwas Besonderem. Neben den Freunden eines gesunden Humors kommen auch die Bildung und Weiterbildung Suchende durch den Bezug des Buches auf ihre Kosten. Preis 7,50 Mk. Vereinen oder druckerweiter Bezug ist empfehlenswer. Verlag des Verlagvereins der Teuffen Buchdrucker, G. m. b. H., Leipzig, Salomonstraße 8.

Versehvene Eingänge

Verlebrärgzeitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Nr. 14. Einzelabonnenten stellen die Zeitung nur bei ihrem Postamt (unterjährlich 3 Mk.). Die Mitglieder der freien Gewerkschaften beziehen die Zeitung zum Bezugspreise von den örtlichen Verwaltungsstellen ihrer Bezirke oder durch den Ortsauschuß (Gewerkschaftsliste). Die Verteilung erfolgt meistens in den reichhaltigen Zusammenstellungen der Verlebräte. Die Verlebräte lesen sie sich durch eigene Hände mühsam. Die Juniummer kostete sich u. a. in drei Nummern mit den Fragen des planwirtschaftlichen Aufbaues und unter der Äugen unserer Verlebräte, nur bei ihrem Postamt (unterjährlich 3 Mk.). Die Mitglieder der freien Gewerkschaften beziehen die Zeitung zum Bezugspreise von den örtlichen Verwaltungsstellen ihrer Bezirke oder durch den Ortsauschuß (Gewerkschaftsliste). Die Verteilung erfolgt meistens in den reichhaltigen Zusammenstellungen der Verlebräte. Die Verlebräte lesen sie sich durch eigene Hände mühsam. Die Juniummer kostete sich u. a. in drei Nummern mit den Fragen des planwirtschaftlichen Aufbaues und unter der Äugen unserer Verlebräte, nur bei ihrem Postamt (unterjährlich 3 Mk.). Die Mitglieder der freien Gewerkschaften beziehen die Zeitung zum Bezugspreise von den örtlichen Verwaltungsstellen ihrer Bezirke oder durch den Ortsauschuß (Gewerkschaftsliste). Die Verteilung erfolgt meistens in den reichhaltigen Zusammenstellungen der Verlebräte. Die Verlebräte lesen sie sich durch eigene Hände mühsam.

